

20.000 LEHRER HER!

Fehlende Lehrer sind der Grund für Unterrichtsausfall und zu große Klassen. Der Lehrplan ist durch das Turbo Abi und die zentralen Abschlussprüfungen völlig überfüllt und inhaltlich festgelegt.

Als Konsequenz müssen wir SchülerInnen den Stoff in unserer Freizeit aufholen und das ist oft nur mit teurer Nachhilfe möglich. Deshalb, Lehrer her! Aber von welchem Geld?

Position hat nachgerechnet. Eine Lehrerstelle kostet im Schnitt etwa 50.000 Euro im Jahr, je nach Bundesland, Alter, Familienstand etc. Laut Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fehlen in den nächsten 5 Jahren 100.000 Lehrer um den wichtigsten Bedarf zu decken und Pensionierungen etc. auszugleichen. Also müssten jedes Jahr mindestens 20.000 Lehrer zusätzlich eingestellt werden, um ein vernünftiges Lernen zu ermöglichen. Aber wie soll das bitte gehen? Position hat da ein paar Vorschläge.

KONJUNKTURMITTEL FÜR MINISTERIEN

Die Bundesministerien dürfen 650 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II für eigene Zwecke verwenden. Hier ein paar Beispiele wie diese „eigenen Zwecke“ aussehen können:

Das Bundesverkehrsministerium hat ein neues Mosaikpflaster auf seinem Vorplatz für 130.000 Euro verlegt. Das Bonner Bildungsministerium ließ seinen Küchenboden für 250.000 Euro erneuern. Das Bonner Entwicklungshilfeministerium braucht ein neues Drehkreuz im Eingang, das kostet 49.000 Euro.

KEIN NEUER KÜCHENBODEN FÜR BONNER BILDUNGS MINISTERIUM = 5 LEHRER

GELDLIHE FÜR QUELLE KONZERN

Niemand braucht ihn, den Quelle-Katalog. Weil Horst Seehofer (CSU) das Quelle Unternehmen aber so gern hat, haben Bund und Länder dem Konzern 50 Mio. Euro geliehen. Der Katalog konnte so zwar gedruckt werden, da Quelle aber bankrott ist und kurz vor seinem Ende steht gibt das Geld nicht zurück. War wohl nix mit Standortprofilierung und so.

KEINE KOHLE FÜR DEN QUELLE KATALOG = 1.000 LEHRER

► weiter auf Seite 2

BILDUNG IN DER KRISE

Überfüllte Klassen, Büchergeld, Leistungsdruck und kein Ende in Sicht. Es ist Zeit sich zu wehren!



Der Ausgang der Bundestagswahlen hat den SchülerInnen keinen Grund zur Freude gegeben. Wenn mensch sich nochmal die Wahlprogramme der Regierungsparteien ansieht findet er dort vor allem eins: ein glasklares Bekenntnis zum gegliederten Schulsystem. Der Wettbewerb an Schulen soll außerdem ausgebaut werden, die Schulen sollen sich noch mehr für die Wirtschaft öffnen und G8 und Studiengebühren sind das beste, was der Bildungsrepublik Deutschland passieren konnte. Tatsächlich hatte die Kanzlerin diese seltsame Bildungsrepublik letztes Jahr ausgerufen. Daran erinnert sich aber kaum noch einer, da außer ein paar öffentlichkeitswirksamen Besuchen in Kindergärten, Schulen und Berufsschulen nichts rumgekommen ist. Nichts, was uns das lernen erträglicher machen würde.

Eine Herzensangelegenheit der schwarz-gelben Koalition hat sie auch schon festgeschrieben. Die bessere Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen. Was bedeutet das? Das bedeutet noch mehr zentrale Prüfungen, noch mehr stures Auswendig lernen, noch mehr Aussortieren. Damit werden die Hürden für einen Abschluss oder einen Wechsel auf eine höhere Schulform noch einmal nach oben korrigiert. Nun will man bis 2015 (!) angeblich 10 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (*) in die Bildung investieren.

Wenn die Herrschenden sich noch einmal davon überzeugen wollen wie hoch der Handlungsbedarf tatsächlich ist könnten sie einfach mal einen Blick in den Bericht der Kultusministerkonferenz werfen. Diese gibt im Abstand von 2 Jahren einen „Nationalen

Bildungsbericht“ heraus. Auch wenn der letzte von 2008 ist, lohnt es sich, die Zahlen noch einmal hervor zu holen.

BILDUNGSABBAUREPUBLIK DEUTSCHLAND

76.000 Jugendliche verlassen jährlich die Schule ohne Schulabschluss. Immer noch werden Kinder aus Erwerbslosen- und Arbeiterfamilien im Schulsystem systematisch benachteiligt, wie es bereits die PISA-Studie festhielt. Nach ihr haben Akademikerkinder in der BRD eine drei Mal größere Chance, das Gymnasium zu besuchen, als Kinder aus Facharbeiterfamilien.

► weiter auf Seite 2

EXZELLENZINITIATIVE FÜR DIE ELITE

Die Bundesregierung unterhält eine sogenannte Exzellenzinitiative. Sie ist eines der Vorzeigeprojekte im Bildungsbereich und fördert Hochschulen, die sich besonders verdient gemacht haben. In Wahrheit werden hier für die Wirtschaft besonders interessante Projekte gesponsert. Mehr Studienplätze oder mehr Dozenten gibt es deshalb nicht. Für 8 Spitzen-Unis werden allein 210 Mio. Euro pro Jahr ausgegeben. Das gesamte Elite Programm wurde kürzlich von der Bundesregierung von

1,9 auf 2,7 Mrd. Euro aufgestockt.

KEINE ELITENFÖRDERUNG AN DEN UNIS = 54.000 LEHRER

KEIN GELD IN DIE RÜSTUNG

Der derzeitige Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2010 sieht vor 31,1 Mrd. Euro in den „Verteidigungshaushalt“ zu pumpen. Diese Gelder fließen vor allem in die Neuanschaffung von Kriegsmaterial wie z.B. den Eurofighter (20 Mrd. Euro bis 2011) oder das Transportflugzeug A 400M (10 Mrd. Euro bis 2011). Während sich Rüstungskonzerne wie EADS eine goldene Nase mit staatlichen Rüstungsaufträgen verdienen, sollen wir auf Lehrkräfte verzichten. Das geht gar nicht.

KEIN EUROFIGHTER FÜR DIE BUNDESWEHR = 400.000 LEHRER

HILFE FÜR NOTLEIDENDE BANKEN

Im Zuge der Finanzkrise hat die Bundesregierung ein sogenanntes Rettungspaket für die Banken zusammengestellt. 470 Mrd. Euro wurden den Banken in kürzester Zeit als erstes Präsent bereit gestellt. Allein der Bank „Hypo Real Estate“ (HRE) wurden insgesamt 102 Mrd. Euro in den Rachen geworfen. Jetzt spekulieren die Banken fleißig weiter während wir in der Schule weiter die Krise kriegeln.

KEINE RETTUNG DER HYPO REAL ESTATE = 2.040.000 LEHRER

KEIN GELD DA? VON WEGEN!

Die Beispiele zeigen sehr deutlich, dass jede Menge Geld vorhanden ist. Die Forderung nach mindestens 20.000 neuen Lehrerstellen jährlich ist also weder unbezahlbar noch unrealistisch. Wer nachrechnet und für den Anfang nur die aller sinnlosesten Projekte streicht hat das Geld schnell zusammen.

Auch wie das mehrgliedrige Schulsystem dafür sorgt, Jugendliche aufs gesellschaftliche Abstellgleis zu stellen, zeigt der Bildungsbericht. Demnach haben 40% der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss auch nach 30 Monaten keine Ausbildungsstelle. Wer erst Mal die Hauptschule besucht, hat demnach auch kaum eine Chance, seiner Perspektive als Hartz IV-Empfänger zu entgehen: Nur 3 % der SchülerInnen wechseln auf eine andere Schulform und zwei Drittel von ihnen steigen dabei von einer höheren auf eine niedrigere Schulform ab.

Unter anderem Dank Studiengebühren, sieht's auch für Jugendliche mit Abitur in der Tasche düster aus. Das spiegelt sich z.B. darin wider, dass die Studienanfängerquote in der BRD zwischen 35 und 37 % liegt, wohingegen zum Beispiel Schweden auf eine Quote 76 % verweisen kann. Einen entscheidenden Beitrag zu diesem Tiefstand an StudienanfängerInnen im Vergleich zu anderen Industrieländern leistet jedoch auch der zunehmende Leistungsdruck an den Gymnasien durch die Einschränkung der Fächerwahl im Abitur, versetzungsrelevante Abschlussarbeiten am Ende der zehnten Klasse usw. Die derzeitige Verkürzung des Abiturs („G8-Abi“) von 13 auf 12 Jahre – also die faktische Verdichtung des Lernstoffs – wird diesen Trend noch beschleunigen.

MOGELPACKUNG IM QUADRAT – KONJUNKTURPAKET II

Die weltweite Wirtschaftskrise dient praktischerweise als Entschuldigung für alles. Steuerergeschenke in Milliardenhöhe für Banken und Konzerne? Wegen der Wirtschaftskrise. Kein Geld für die Bildung? Wirtschaftskrise. Auf Jahrzehnte hinaus werden SchülerInnen ausbaden müssen, dass die Bundesregierung Milliarden in die Rettung von verschuldeten Unternehmen gepumpt hat. Das ohnehin völlig unterfinanzierte Bildungssystem wird mit dieser Begründung noch weiter zusammen gespart. Der Hinweis auf die Konjunkturprogramme, die ja auch den Schulen und Unis zu gute gekommen sind, dienen dabei nur

als Ablenkung. Für alle Schulen dieser Republik kamen dabei 8,6 Milliarden Euro zusammen. Wem das viel erscheint ein paar Zahlen zum Vergleich: die Hypo Real Estate bekam 120 Milliarden. Der GEW Vorsitzende Ulrich Thöne bezifferte den Sanierungsbedarf der Schulen auf 73 Milliarden Euro. Das bezieht sich wohl gemerkt nur auf Schulen und nur auf Sanierung. Denn etwas anderes durfte mit den Geldern auch gar nicht passieren. Was großmäulig als Investition in die Bildung verkauft wurde ist ein Tropfen auf den heißen Stein, bzw. auf den bröckeligen Putz und die zugigen Fenster in ein paar Schulen. Mehr Lehrer – Fehlanzeige. Neue Ausstattung – vergiss es. Die Bedingungen für die Zuteilung der Mittel sind dank Föderalismusreform eindeutig: erlaubt sind energetische Sanierung bestehender Gebäude - etwa Wärmedämmung, Fenster, Heizungsanlagen. Keine Neubauten, keine Modernisierung. Andernfalls gibt's gar keine Kohle. Wer schon mal mit Renovieren angefangen hat – Pech gehabt. Gefördert wurden nur Projekte, die nach dem Januar 2009 begonnen werden. Sie mussten andererseits sofort gestartet werden, damit das Geld bis Ende dieses Jahres ausgegeben ist und die Wirtschaft ein bisschen weniger leiden muss. Und in den allermeisten Fällen funktionieren die Projekte sowieso nur mit einem gewaltigen Anteil von Eigenmitteln – um die sich jede Kommune und jede Schule selbst bemühen muss. Das Konjunkturpaket II ist also allenfalls Förderung von Bauunternehmen und Handwerksbetrieben.

ARBEITERKINDER IM FADENKREUZ DER BILDUNGSKILLER

Die Bildungsmisere mit ihrer Rotstiftpolitik und Elitförderung richtet sich gegen die übergroße Mehrheit der SchülerInnen – sie richtet sich jedoch in besonderer Schärfe gegen Jugendliche aus Erwerbslosen- und Arbeiterfamilien. Kein Wunder: Sie haben kein Geld, um angesichts von Unterrichtsausfall, G8-Abi und steigendem Notendruck privaten Nachhilfeunterricht zu bezahlen. Diese Familien haben auch nicht mehrere tausend

► weiter auf Seite 3



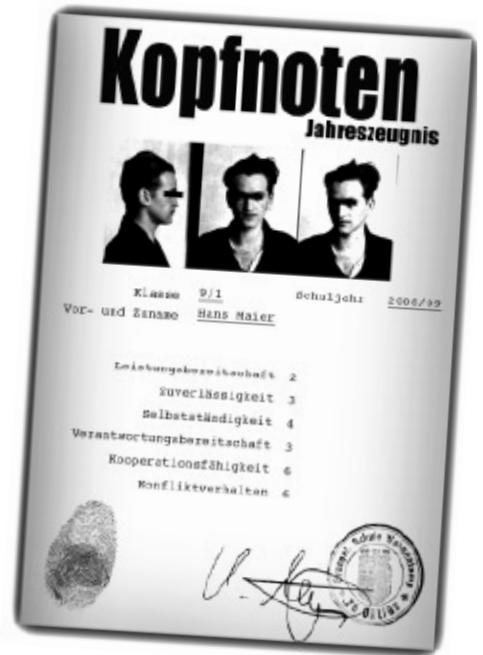
Euro im Jahr übrig, um ihre Kinder an einer Privatschule anzumelden. Und erst Recht haben diese Familien kein Geld übrig, um ihren Kindern den Besuch einer Uni zu ermöglichen, so dass Hochschulen mittlerweile eine Arbeiterkinderfreie Zone geworden sind.

Berlin angestrebte Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen nichts, solange die Gymnasien unangetastet bleiben.

GEMEINSAM GEGEN BILDUNGSKILLER!

Die Bildungskiller in den Regierungssesseln und Chefetagen der Wirtschaft sind sich einig: Sie wollen eine kleine Elite von Fachidioten und eine Menge ungebildete Untertanen heranzüchten. Sie sind sich einig – wir müssen es auch im Kampf um unser Recht auf Bildung sein. Gemeinsam müssen wir auf Bundes- und Länderebene – egal ob Migrant oder Deutscher, Gymnasiast oder Hauptschüler, Azubi oder Student – den Bildungskillern deutlich machen, dass jeder weitere Bildungsabbau auf unseren Widerstand stößt. Das ist die einzige Sprache die sie verstehen und das ist unsere einzige Chance, um unsere Zukunft in die Hand zu nehmen. Alles muss man selber machen – auf zum Bildungstreik!

*** Bruttoinlandsprodukt (BIP): Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in der BRD erzeugt wurden.**



ALLES ZUFALL?

Dass dies alles kein Zufall ist und die herrschenden Politiker auch keineswegs zu dumm sind, ihre eigenen Bildungsstudien zu lesen, zeigt u.a. das verbitterte Festhalten am mehrgliedrigen Schulsystem. Denn dieses selektive Schulsystem ist eine Garantie dafür, dass wer aus armen Verhältnissen stammt auch arm bleibt. Es ist vor allem aber für die Konzerne eine Garantie dafür, dass ihnen eine kleine Elite an den Gymnasien für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten zur Verfügung auf der einen Seite und eine breite Masse an halb gebildeten und somit billigen Arbeitskräften zur Verfügung steht. Das ist die Selektion, die den Konzernen Spitzenprofite im weltweiten Konkurrenzkampf sichert – während sie vor Ort massenweise Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichten. Daran ändert auch die u.a. in Hamburg und



Bei den vergangenen Schulstreiks waren SchülerInnen aller Nationalitäten gemeinsam auf der Straße. Sie haben gezeigt, dass sie sich nicht spalten lassen, auch wenn immer wieder versucht wird, SchülerInnen nichtdeutscher Herkunft zu Sündenböcken zu machen. Position sprach mit Bahar Durmus von der DiDF Jugend über MigrantInnen und Bildung.

POSITION Stell Dich doch erst mal vor.

BAHAR DURMUS Ich bin 25 Jahre alt, Lehramtsstudentin und arbeite im NRW-Landesvorstand der DiDF-Jugend. Die DiDF-Jugend ist der Jugendverband der DiDF (Föderation Demokratischer Arbeitervereine). In der DiDF-Jugend sind Schüler, Studenten, Auszubildende und junge Arbeiter türkischer Herkunft organisiert, die sich mit den herrschenden Verhältnissen nicht zufriedengeben. Wir kämpfen dafür, dass Menschen nicht nach ihrer Herkunft oder Religion unterschiedlich behandelt werden, sondern alle Menschen die gleichen Rechte haben und frei leben können. Deshalb versuchen wir mit unseren kulturellen, sportlichen und politischen Aktivitäten unsere Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen. Deswegen beteiligen wir uns zusammen mit anderen deutschen Organisationen, die die gleichen Vorstellungen haben, auch an Aktionen gegen Krieg, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit.

POSITION MigrantInnen sind im deutschen Schulsystem besonders benachteiligt. Was sind Eurer Meinung nach die Hauptursachen?

BAHAR DURMUS Bildungspolitikern stellen Sprachproblemen von Migrantenjugendlichen in den Vordergrund der Debatten. Zudem sehen sich Schüler mit nicht-deutscher Herkunft mit täglichen Diskriminierungen konfrontiert, was das gegenwärtige Bildungssystem unterstützt. Aber unserer Meinung nach sind das nicht die Hauptursachen. Wir denken, dass allgemein Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Familien und Arbeiterfamilien besonders benachteiligt werden. Migranten sind in Deutschland meist Arbeiter und stammen aus sozialschwachen Schichten. Deshalb sehen sie sich auch mit gleichen Benachteiligungen konfrontiert wie deutsche Arbeiterkinder. Das System macht da keinen Unterschied, also sollten wir das auch nicht tun.

POSITION Wieso würde die Abschaffung des gegliederten Schulsystems eine riesige Verbesserung bedeuten?

BAHAR DURMUS Wir stellen uns ein Bildungssystem vor, das es jedem Menschen ermöglicht sein Potential voll auszuschöpfen und in dem jeder nach seinen individuellen Bedürfnissen gefördert wird. Das dreigliedrige Schulsystem trennt Kinder ab der vierten Klasse und berücksichtigt dabei Kriterien wie Schulabschluss, Herkunft und Beruf der Eltern. Somit wird der soziale Hintergrund von Arbeiterkindern ausgenutzt, um sie in Hauptschulen zu schicken, wodurch ein Ausbildungsplatz geschweige denn ein Studium aussichtslos wird. In einer gemeinsamen Schule könnten Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen und hätten die gleichen Chancen und Möglichkeiten eine gute Bildung zu erlangen.

POSITION Was denkt ihr über verpflichtende Deutschkurse im Kindergarten, Deutschpflicht auf dem Schulhof usw.?

BAHAR DURMUS Die Sprachkurse wie sie heute bestehen, sind für alle Kinder mit Migrationshintergrund verpflichtend und werden meist von unprofessionellem Personal durchgeführt. Dabei ist es egal, wie gut oder wie schlecht die Kinder deutsch sprechen können. Sie werden von den anderen Kindern abgesondert und sollen deutsch lernen.

POSITION Wie können SchülerInnen, MigrantInnen und Deutsche gemeinsam, für bessere Bedingungen an ihren Schulen kämpfen (über den Schulstreik hinaus)?

BAHAR DURMUS Die DiDF-Jugend ist aktiv in vielen Ortsbündnissen zum Bildungstreik, in denen sie gemeinsam mit anderen Organisationen und SVen die Streiks und andere Aktionen organisieren. Dabei machen wir deutlich, dass wir die gleichen Probleme haben und auch gemeinsam aktiv werden und kämpfen müssen. Mit unseren Forderungen gehen wir auch an die Schulen.

POSITION Welche Forderungen sind für die DiDF Jugend im Schulstreik besonders wichtig?

BAHAR DURMUS Für uns sind ganz klar eine Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und eine kostenlose Bildung für Alle und in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen Forderungen, für die es aus unserer Sicht keine akzeptablen Alternativen gibt. Wir sind gegen Privatisierung von Schulen und somit auch von Bildung, denn Bildung ist keine Ware. Bildung ist ein Menschenrecht. Und für diese Forderungen setzt sich die DiDF-Jugend mit ein, bis unsere gemeinsamen Ziele erreicht sind.

„BILDUNG FÜR ALLE SONST GIBT'S KRAWALLE!“

November 2008: Mehr als Hunderttausend Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten protestieren bundesweit für ein besseres Bildungssystem. Juni 2009: Diesmal sind es mehr als 270.000. November 2009: ?

Mit den bundesweiten Bildungsstreiks ist seit langem wieder Bewegung in die Schulen gekommen. Es gibt endlich wieder eine SchülerInnenbewegung in Deutschland. Die Bildungsstreiks waren nicht deshalb so groß, weil einzelne Städte, Leute oder Organisationen die Sache in die Hand genommen hätten. Sie waren so groß, weil die Wut an den Schulen wächst. Deutschlands SchülerInnen sind immer weniger bereit, sich mit Schulstress, sozialer Selektion und maroden Schulgebäuden abzufinden.

Trotzdem müssen wir uns fragen: Was sind die richtigen Mittel, um unsere Forderungen durchzusetzen? Welche Aktionen können wirklich was verändern? Im Moment konzentrieren wir uns auf Großdemonstrationen in den einzelnen Städten,

die Bildungsstreik-Demos. Diese Demos sind wichtig: Sie führen hunderttausende SchülerInnen zusammen, um gemeinsam für die eigenen Interessen zu kämpfen. Sie erzeugen eine gesellschaftliche Stimmung, in der wieder an ernsthafte politische Veränderungen zu denken ist.

Aber es zeigt sich auch: Um konkrete Probleme an den Schulen zu überwinden – ob Notendruck, teure Büchern und Kopien oder willkürliche Verbote – dafür, reichen keine Großdemonstrationen allein.

Um dauerhaft für unsere Interessen zu kämpfen müssen wir uns an den Schulen organisieren. Die SV und SMV muss endlich wieder stärker werden und gemeinsam mit allen SchülerInnen für das Recht auf gute und kostenlose Bildung kämpfen. Was wir brauchen, sind verschiedenen Formen des

Kampfes. Dezentrale und zentrale Großdemonstrationen, verbunden mit Aktionen an einzelnen Schulen, gemeinsame Aktionen mit Azubis und Gewerkschaften, genauso wie Schülerzeitungen an einzelnen Schulen. Die Stimmung die im Rahmen der Bildungsstreiks entsteht kann genau dafür genutzt, und so auch etwas verändern werden. Solche Aktionen können sich gegen zu hohe Cafeteriapreise, schmutzige Toiletten etc. richten. Beispiele dafür gibt es genügend.

Denn was macht dem Rektor Dampf? Klassenkampf, Klassenkampf!

ICH WILL...

- Mehr Infos über die SDAJ
- Kontakt zur nächsten SDAJ-Gruppe
- Die Position, das Magazin der SDAJ, kennenlernen

Name/Vorname

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Fon

eMail

Impressum

Herausgeber:
SDAJ-Bundesvorstand
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201/230633
Fax: 0201/230693
E-Mail: info@sdaj-netz.de
Internet: www.sdaj-online.de

V.i.S.d.P.: M. Grüß c/o SDAJ
Hoffnungsstraße 18
45127 Essen

JA. ICH ABONNIERE DIE POSITION BIS AUF WIEDERRUF.

- Ich habe die Position abonniert, möchte aber, dass die Abogebühren ab jetzt vom unten genannten Konto abgebucht werden.
- Die Abogebühren sind von folgendem Konto abzubuchen:
- Normalabo [10 Euro im Jahr]
- Soliabo [20 Euro im Jahr]
- Die Abogebühren werden per Rechnung bezahlt.

Bank

Kontonr.

BLZ

Datum/Unterschrift

Name/Vorname

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Fon

eMail